

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 22. bis 25. Oktober 2018

[18-10-2018 - 17:50]

Verschärfte Regeln gegen Plastikmüll	3
Am Mittwoch steht ein Verkaufsverbot für Einweg-Kunststoffartikel zur Abstimmung. Wegwerfprodukte wie Teller, Besteck oder Wattestäbchen aus Plastik machen über 70% der Abfälle im Meer aus.	
Neue Pläne zur Verbesserung der Trinkwasserqualität	4
Die Abgeordneten stimmen über Maßnahmen ab, um das Vertrauen der Verbraucher in Leitungswasser zu verbessern, das im Vergleich zu Tafelwasser viel preisgünstiger und umweltfreundlicher ist.	
Facebook und Cambridge Analytica: Diskussion über Folgemaßnahmen	5
Die Abgeordneten werden am Dienstag mit EU-Kommissarin Věra Jourová über mögliche Maßnahmen als Reaktion auf die Datenschutzverletzungen von Facebook und Cambridge Analytica debattieren.	
Weniger Antibiotika in Tierställen zum Schutz von Menschen	6
Bauern in der EU sollen ihren Tieren künftig seltener Antibiotika verabreichen dürfen. So sollen weniger Keime im Essen landen. Über die neuen Pläne stimmt das Parlament am Donnerstag ab.	
EU-Haushalt 2019: Junge Menschen, Wachstum und Beschäftigung im Mittelpunkt	7
Am Mittwoch werden die Abgeordneten ihre Verhandlungsposition für den EU-Haushalt 2019 bestätigen, bevor sie Gespräche mit dem Ministerrat aufnehmen.	
Debatte über Ergebnisse des EU-Gipfels vom 17.-18. Oktober	8
Die Abgeordneten werden am Mittwochmorgen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, die Ergebnisse des jüngsten Treffens der Staats- und Regierungschefs der EU erörtern.	
Plenardebatte mit Rumäniens Präsidenten Klaus Iohannis über die Zukunft Europas	9
Der rumänische Präsident Klaus Iohannis ist der elfte in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der mit den Abgeordneten die Zukunft Europas erörtert.	
Straßen-Maut: Streckenbezogene Abgabe statt Vignette	10
EU-Länder, die Straßennutzungsgebühren für einen bestimmten Zeitraum erheben, sollen Mautgebühren einführen, die von der zurückgelegten Fahrstrecke abhängen.	
Zunahme neofaschistischer Gewalt in Europa: Abstimmung über Entschließung	11
Die Abgeordneten sind besorgt über die Zunahme der Vorfälle, die in ganz Europa Hass und Intoleranz offenbaren. Sie fordern EU-Maßnahmen angesichts der zunehmenden neofaschistischen Gewalt.	
Jamal Khashoggi: Debatte über mutmaßlichen Mord an saudischem Journalisten in der Türkei	12
Das Parlament wird am Dienstag das Verschwinden und die mutmaßliche Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi durch saudische Geheimdienste in der Türkei erörtern.	
Weitere Tagesordnungspunkte	13

Weitere Themen auf der Tagesordnung



Armin WISDORFF

ROLE: Press Officer
BXL: (+32) 2 28 40924
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: +32 498 98 13 45
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

ROLE: Press Officer
BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

ROLE: Press officer
STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 172 57 196
EMAIL: judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

ROLE: Press officer
STR: (+33) 3 881 74646
PORT: (+43) 676 550 3126
EMAIL: huberta.heinzel@ep.europa.eu

</news/de/agenda/briefing/2018-10-22>

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [Podcasts des Wissenschaftlichen Diensts zu Schwerpunktthemen der Plenartagung](#)

Verschärfte Regeln gegen Plastikmüll

Am Mittwoch steht ein Verkaufsverbot für Einweg-Kunststoffartikel zur Abstimmung. Wegwerfprodukte wie Teller, Besteck oder Wattestäbchen aus Plastik machen über 70% der Abfälle im Meer aus.

Das vorgeschlagene Gesetz soll ab 2021 den Verkauf von Einwegprodukten aus Kunststoff wie Besteck, Wattestäbchen, Teller, Strohhalme, Rührstäbchen oder Haltestäbe für Luftballons innerhalb der EU verbieten.

Die Mitglieder des Umweltausschusses haben sehr leichte Plastiktüten, Produkte aus oxo-abbaubaren Materialien und Fast-Food-Behälter aus expandiertem Polystyrol in die Liste der verbotenen Produkte aufgenommen.

Auch Maßnahmen zur Reduzierung von Abfällen aus Tabakerzeugnissen, insbesondere kunststoffhaltige Zigarettenfilter, sowie von verloren gegangenen oder entsorgtem Fischfanggerät sollen eingeführt werden.

Debatte: Montag, den 22. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, den 24. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Pressekonferenz: Mittwoch, den 24. Oktober um 15:00 Uhr

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über Einweg-Kunststoffartikel](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(10.10.18\)](#)
- [Berichterstatterin Frédérique Ries \(ALDE, BE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Single-use plastics and fishing gear: Reducing marine litter“ \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Neue Pläne zur Verbesserung der Trinkwasserqualität

Die Abgeordneten stimmen über Maßnahmen ab, um das Vertrauen der Verbraucher in Leitungswasser zu verbessern, das im Vergleich zu Tafelwasser viel preisgünstiger und umweltfreundlicher ist.

Das neue Gesetz, über das am Dienstag abgestimmt werden soll, verringert die Höchstwerte für bestimmte Schadstoffe wie Blei (um die Hälfte gesenkt), Polyfluoralkylstoffe (PFAS) und schädliche Bakterien und sieht eine Überwachung des Gehalts an Mikroplastik vor, was ein zunehmendes Problem darstellt.

„Recht auf Wasser“ (Right2Water)

Die Mitgliedstaaten sollten auch Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Wasser ergreifen, wie z.B. die Einrichtung von frei zugänglichen Trinkbrunnen in Städten und öffentlichen Einrichtungen, soweit dies technisch möglich und verhältnismäßig ist. Die Abgeordneten plädieren auch dafür, dass Leitungswasser kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr in Restaurants, Kantinen und bei Catering-Dienstleistungen bereitgestellt wird.

Aufbauend auf ihrer EntschlieÙung zur Bürgerinitiative „Right2Water“ bekräftigen die Abgeordneten ihre Forderung, dass sich die Mitgliedstaaten auch verstärkt mit den Bedürfnissen gefährdeter gesellschaftlicher Gruppen in Bezug auf den Zugang zu Wasser befassen sollten.

Debatte: Montag, den 22. Oktober

Abstimmung: Dienstag, den 23. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Pressekonferenz: Dienstag, den 23. Oktober um 14:30 Uhr

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(11.09.18\)](#)
- [Berichterstatter Michel Dantin \(EVP, FR\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Revision of the Drinking Water Directive“ \(auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung der EU-Kommission \(01.02.18\)](#)

Facebook und Cambridge Analytica: Diskussion über Folgemaßnahmen

Die Abgeordneten werden am Dienstag mit EU-Kommissarin Věra Jourová über mögliche Maßnahmen als Reaktion auf die Datenschutzverletzungen von Facebook und Cambridge Analytica debattieren.

Am Donnerstag stimmt das Parlament über eine entsprechende Entschließung ab.

Bei dem Facebook-Cambridge-Analytica-Skandal wurden die persönlichen Daten von 87 Millionen Facebook-Nutzern unrechtmäßig erhoben und missbraucht. Die Abgeordneten fordern, dass die zuständigen Stellen der EU umfassend prüfen, wie es bei Facebook um den Datenschutz bestellt ist, und wie sicher die persönlichen Daten seiner Nutzer tatsächlich sind. Sie werden dem Unternehmen voraussichtlich empfehlen, grundlegende Änderungen an seiner Plattform vorzunehmen, damit die EU-Datenschutzvorschriften eingehalten werden..

Darüber hinaus werden die Abgeordneten Maßnahmen zur Verhinderung von Wahlmanipulationen in den sozialen Netzwerken und zur Aktualisierung der EU-Wettbewerbsregeln erörtern, um der digitalen Realität Rechnung zu tragen.

Debatte: Dienstag, den 23. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, den 25. Oktober

Verfahren: Erklärungen der EU-Kommission mit Entschließung

Weitere Informationen

- [Berichterstatter: Claude Moraes \(S&D, UK\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(9.10.2018\)](#)
- [Interview mit dem Berichterstatter](#)
- [Multimedia-Paket: Datenschutz](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Weniger Antibiotika in Tierställen zum Schutz von Menschen

Bauern in der EU sollen ihren Tieren künftig seltener Antibiotika verabreichen dürfen. So sollen weniger Keime im Essen landen. Über die neuen Pläne stimmt das Parlament am Donnerstag ab.

Das neue Gesetz wird den Einsatz antibakterieller Arzneien zur Vorbeugung, d.h. wenn keine Anzeichen einer Infektion vorliegen (so genannte prophylaktische Verwendung), auf einzelne Tiere beschränken. Die Medikamente können nur dann verwendet werden, wenn dies von einem Tierarzt ausführlich gerechtfertigt wird, in Fällen mit hohem Infektionsrisiko.

Die metaphylaktische Anwendung (d.h. die Behandlung einer Gruppe von Tieren, wenn nur eines Anzeichen einer Infektion aufweist) sollte ein letzter Ausweg sein und nur dann erfolgen, wenn ein Tierarzt eine Infektion diagnostiziert und die Antibiotika verschrieben hat.

Antibiotika nur noch beim Menschen einsetzen

Zur verbesserten Bekämpfung der Antibiotikaresistenz, würde das Gesetz die Europäische Kommission ermächtigen, bestimmte Antibiotika zu bestimmen, die nur noch bei Menschen und gar nicht mehr bei Tieren eingesetzt werden.

Hintergrundinformationen

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) warnte kürzlich davor, dass Bakterien bei Menschen, in Lebensmitteln und bei Tieren weiterhin Resistenzen gegen die am häufigsten verwendeten antimikrobiellen Mittel aufweisen. Wissenschaftler sagen, dass die Resistenz gegen Ciprofloxacin, ein antimikrobielles Mittel, das für die Behandlung menschlicher Infektionen von entscheidender Bedeutung ist, bei dem Erreger *Campylobacter* sehr hoch ist, was die Möglichkeiten einer effektiven Behandlung schwerer lebensmittelbedingter Infektionen verringert. Multiresistente Salmonellenbakterien verbreiten sich weiterhin in ganz Europa.

Debatte: Dienstag, den 25. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, den 25. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über Tierarzneimittel](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(20.06.18\)](#)
- [Berichterstatterin Françoise Grossetête \(EVP, FR\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: „Stronger bacterial, weaker antimicrobial“ \(auf Englisch\)](#)

EU-Haushalt 2019: Junge Menschen, Wachstum und Beschäftigung im Mittelpunkt

Am Mittwoch werden die Abgeordneten ihre Verhandlungsposition für den EU-Haushalt 2019 bestätigen, bevor sie Gespräche mit dem Ministerrat aufnehmen.

In dem Entwurf, der zur Abstimmung steht, schlagen die Abgeordneten vor, die Mittel für das Austauschprogramm Erasmus+, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Bewältigung der Migrationsfrage aufzustocken. Auch Programme für Forschung, Infrastrukturinvestitionen und Klimaschutz sollen besser ausgestattet werden.

Weitere Informationen finden Sie in den jüngsten Pressemitteilungen zur [Entschließung zum Haushalt 2019](#) und zu den [Zahlen](#).

Die nächsten Schritte

Mit der Abstimmung im Plenum wird ein dreiwöchiges Vermittlungsverfahren eingeleitet. Während dieser Frist versucht das Verhandlungsteam des Parlaments mit dem Rat rechtzeitig eine Einigung zu erreichen, so dass das Parlament über den Haushalt des nächsten Jahres am 29. November abstimmen und sein Präsident ihn unterzeichnen kann.

Debatte: Montag, den 22. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, den, 24. Oktober

Verfahren: Haushaltsverfahren

Weitere Informationen

- [Dokumente des Haushaltsverfahrens 2019 \(Webseite des Parlaments\)](#)
- [Dokumente des Haushaltsverfahrens 2019 \(Webseite der Kommission\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Merkblatt: Das Haushaltsverfahren procedure](#)
- [Merkblatt: Die Ausgaben der Europäischen Union](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)
- [Entwurf der Haushaltsentschließung](#)

Debatte über Ergebnisse des EU-Gipfels vom 17.-18. Oktober

Die Abgeordneten werden am Mittwochmorgen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, die Ergebnisse des jüngsten Treffens der Staats- und Regierungschefs der EU erörtern.

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte des EU-Gipfels am 18. Oktober in Brüssel waren Migration und innere Sicherheit der EU. Bei einem separaten Treffen am 17. Oktober im EU27-Format ging es um den Brexit.

Debatte: Mittwoch, den 24. Oktober

Verfahren: Debatte ohne Entschließung

Weitere Informationen

- [Europäischer Rat, 18.10.2018 – Wichtigste Tagesordnungspunkte](#)
- [Debatte im Vorfeld des Oktober-Gipfeltreffens \(Pressemitteilung vom 2.10.2018\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenardebatte mit Rumäniens Präsidenten Klaus Iohannis über die Zukunft Europas

Der rumänische Präsident Klaus Iohannis ist der elfte in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der mit den Abgeordneten die Zukunft Europas erörtert.

Die Aussprache, an der auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker teilnimmt (noch nicht bestätigt), findet am Mittwochmorgen ab 10:30 Uhr statt.

Klaus Iohannis ist seit 2014 der Präsident Rumäniens.

Dies ist die elfte Aussprache im Rahmen einer Reihe von Plenardebatten der Abgeordneten mit EU-Staats- und Regierungschefs zur Zukunft Europas.

Vorherige Teilnehmer:

- Irland: Premier Leo Varadkar, 17. Januar 2018,
- Kroatien: Premier Andrej Plenkovic, 6. Februar 2018,
- Portugal: Premier António Costa, 14. März 2018,
- Frankreich: Präsident Emmanuel Macron,, 17. April 2018,
- Belgien: Premier Charles Michel, Mai 2018,
- Luxemburg: Premier Xavier Bettel, 30. Mai 2018,
- Niederlande: Premier Mark Rutte, 13. Juni 2018,
- Polen: Premier Mateusz Morawiecki, 4. Juli 2018,
- Griechenland: Premier Alexis Tsipras, 11. September 2018,
- Estland: Premier Jüri Ratas, 3. Oktober 2018.

Bundeskanzlerin Angela Merkel wird im November (Plenarsitzung 12.-15.11.) die Debattenreihe fortführen.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani und Klaus Iohannis werden um 12:55 Uhr vor dem Protokollsaal eine gemeinsame Pressekonferenz abhalten.

Debatte: Dienstag, den 23. Oktober

Verfahren: Debatte ohne EntschlieÙung

Pressekonferenz: Dienstag, den 23. Oktober um 12:55 vor dem Protokollsaal

Weitere Informationen

- [Webseite zum rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis](#)
- [Debattenserie zur Zukunft Europas](#)
- [Die Zukunft Europas: Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Straßen-Maut: Streckenbezogene Abgabe statt Vignette

EU-Länder, die Straßennutzungsgebühren für einen bestimmten Zeitraum erheben, sollen Mautgebühren einführen, die von der zurückgelegten Fahrstrecke abhängen.

Am Donnerstag wird darüber abgestimmt.

Die EU-Mitgliedstaaten, die bereits Gebühren auf den Straßen des [transeuropäischen Verkehrsnetzes](#) erheben oder einführen wollen, sollten sie ab 2023 für Lastkraftwagen und Busse und ab 2026 für Pkw und Motorräder entfernungsabhängig machen, so die Abgeordneten des Verkehrsausschusses in ihrem Vorschlag zur Reform der EU-Vorschriften für die Straßenbenutzungsgebühren. Zeitabhängige Straßengebühren (Vignetten) spiegeln nicht die tatsächliche Straßennutzung wider und verleiten Fahrer dazu, in der Zeit, für die sie bezahlt haben, mehr zu fahren, heißt es.

Um die Verwendung umweltfreundlicher Fahrzeuge zu fördern, müssten die EU-Länder unterschiedliche Mautgebühren auf der Grundlage der CO2-Emissionen festlegen, so die Abgeordneten.

Der Entwurf einer Regelung für Straßenbenutzungsgebühren setzt auch Grenzen für kurzfristige Gebühren, die den Fahrern auferlegt werden können. So soll eine faire Behandlung von Gelegenheitsnutzern und von Fahrern aus anderen EU-Ländern gewährleistet werden, bis die Umstellung von zeit- auf entfernungsabhängigen Gebühren erfolgt. "Vignetten"-Aufkleber sollten auch für kürzere Zeiträume von einem Tag und einer Woche erhältlich sein, so die Abgeordneten.

Debatte: Mittwoch, den 24. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, den 25. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(24.05.2018\)](#)
- [Berichterstatteerin](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Zunahme neofaschistischer Gewalt in Europa: Abstimmung über EntschlieÙung

Die Abgeordneten sind besorgt über die Zunahme der Vorfälle, die in ganz Europa Hass und Intoleranz offenbaren. Sie fordern EU-MaÙnahmen angesichts der zunehmenden neofaschistischen Gewalt.

Am Donnerstag wird das Plenum über eine EntschlieÙung abstimmen, die die Schlussfolgerungen der [Plenardebatte](#) mit EU-Kommissarin Jourova und der österreichischen Ratspräsidentschaft vom 2. Oktober enthalten.

Debatte: 2. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, den 25. Oktober

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Jamal Khashoggi: Debatte über mutmaßlichen Mord an saudischem Journalisten in der Türkei

Das Parlament wird am Dienstag das Verschwinden und die mutmaßliche Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi durch saudische Geheimdienste in der Türkei erörtern.

Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über eine entsprechende Entschließung ab .

Debatte: Dienstag, den 23. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, den 25. Oktober

Verfahren: Erklärung der EU-Außenbeauftragten mit anschließender Debatte und Entschließung

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Nutzung des Schengener Informationssystems für die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger
 - *Bericht: Jeroen Lenaers, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der Grenzkontrollen
 - *Bericht: Carlos Coelho, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Einrichtung, Betrieb und Nutzung des Schengener Informationssystems im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen - *Bericht: Carlos Coelho, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Tierschutz, Einsatz von Antibiotika und die Auswirkungen der industriellen Masthähnchenzucht auf die Umwelt – Entschließung, *Abstimmung Dienstag*
- Arbeitsprogramm der Kommission für 2019 - *Erklärung der Kommission, Debatte Dienstag*
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2018/002
 - PT/Norte – Centro – Lisboa/Bekleidung - *Bericht: José Manuel Fernandes, Abstimmung Dienstag*
 - Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets - *Bericht: Costas Mavrides, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
 - Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-Währungsgebiets - *Bericht: Krzysztof Hetman, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
 - Schutz der finanziellen Interessen der EU – Einziehung von Finanzmitteln und Vermögenswerten von Drittstaaten in Betrugsfällen - *Bericht: Cătălin Sorin Ivan, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
 - Mittel für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und Mittel für das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ - *Bericht: Iskra Mihaylova, Abstimmung Dienstag*
- Entlastung 2016: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat - *Bericht: Marco Valli, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Entlastung 2016: Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) - *Bericht: Bart Staes, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*

- Vorstellung des Jahresberichts 2017 des Rechnungshofs, *Aussprache über ein aktuelles Thema (Artikel 153a GO), Mittwoch*
- Einfuhr von Kulturgütern - *Bericht: Alessia Maria Mosca, Daniel Dalton, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Die Globalisierung meistern: handelsbezogene Aspekte - *Bericht: Joachim Schuster, Debatte Thu, Abstimmung Donnerstag*
- Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge - *Bericht: Andrzej Grzyb, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Rolle der Mitarbeiterbeteiligung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wiedereingliederung von
Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt - *Bericht: Renate Weber, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der Europäischen Union: Zeit zu handeln! -
Bericht: Ismail Ertug, Debatte und Abstimmung Donnerstag